

„In der Weimarer Republik entstanden die Bedingungen, die zur Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur führten.“

Im Jahr 1933 wurde die erste deutsche Republik von einer der grausamsten Diktaturen der Geschichte abgelöst. Das Scheitern der Weimarer Republik stellt viele Fragen, ob und wie weit ihr System, ihre Regierenden und schließlich ihr Volk zur Ermöglichung der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten beitrugen. Der Historiker Hagen Schulze beschreibt eine Vielzahl an wirkenden Faktoren. Nachdem ich mich näher mit der Geschichte der Weimarer Republik auseinandergesetzt habe, möchte ich im Folgenden meine Erkenntnisse mit denen Schulzes vergleichen.

Schulze beginnt seine Ursachenanalyse bei einem kontrovers diskutierten Punkt: dem Vertrag von Versailles. Der von den Siegermächten des 1. Weltkrieges erarbeitete Vertrag legte Deutschland (so empfundene) schwerwiegende Bedingungen auf, wie den Verlust großer Gebiete, die Beschränkung des Militärs und allen voran die Anerkennung der alleinigen Kriegsschuld mit der Folge, Reparationen von später festgelegten insgesamt 132 Milliarden RM zu leisten. Dennoch bin ich wie Schulze der Meinung, dass die Pflicht zur Reparationsleistung im ökonomischen Sinn keine wesentliche Ursache für den Niedergang der Republik und die Begründung der nationalsozialistischen Diktatur war. Unbestritten ist zwar, dass die Zahlungen nicht unerhebliche Teile des Reichshaushaltes beanspruchten und die Krisen von Hyperinflation und Depression verstärkten, jedoch bestand trotz alledem für die Republik jederzeit die Möglichkeit, die Reparationen zu begleichen, allein es fehlte oftmals der Wille. Viel bedeutender ist daher, wie auch Schulze meint, die psychologische Seite des Vertrages. Nicht umsonst wurde er von allen Bevölkerungsteilen als unerhörtes „Diktat von Versailles“ verschrien. Es war die bloße Existenz des Vertrages, die ihn so verhasst machte. Dies wird besonders deutlich bei der deutschen Haltung zum Problem der Reparationen: Nicht deren Höhe, sondern die Reparationen an sich wurden in Frage gestellt. Wie Schulze aber den Vertrag als unfreiwilliges politisches Integrationsmittel, das alle in ihrer gemeinsamen Ablehnung eint, sehen kann, erschließt sich mir angesichts der politischen Grabenkämpfe der Weimarer Zeit – genannt seien hier vor allem die Zerwürfnisse über die Erfüllungspolitik, die letztlich ebenso auf das Ende der Reparationen zielte – nicht. Er vernachlässigt zudem einen wichtigen Gesichtspunkt: Der Vertrag von Versailles, der nicht einmal unter deutscher Beteiligung ausgehandelt wurde, hätte nicht notwendigerweise, da er von ausländischen Mächten formuliert wurde, die Haltung der Menschen zur Republik beeinflusst. Es war jedoch das von den Bürgern gesehene Verhältnis zwischen dieser und dem Vertrag: Eine nicht unbedeutende Zahl gab der jungen Republik bzw. ihren Regierenden, die den Vertrag unterzeichneten (unterzeichnen mussten), die Schuld an der Schande und Schmach von Versailles und bezeichnete sie als „Verräter“. Diese Ansicht wurde vor allem durch konservative, rechte Kreise verbreitet. Zur Erklärung dessen ist es notwendig, weiter auszuholen und auch die Lasten aus dem Erbe des verlorenen Krieges mit einzubeziehen, die Schulze unabhängig vom Versailler Vertrag betrachtet – angesichts dieser neuen Erkenntnisse schwierig. Fakt ist, dass die Weimarer Republik nicht aus Agitation, vielleicht nicht einmal unter großem mehrheitlichen Wunsch der Bürger Deutschlands entstanden ist. Vielmehr ist sie quasi im Auftrag der Chef-Militärs der OHL gegründet worden und das nicht aus deren Demokratiefreundlichkeit, sondern um ihre Verantwortung für die Kriegsniederlage auf andere abwälzen zu können. Dies wird unter anderem am mehrmaligen Frontwechsel Ludendorffs deutlich, der erst den Krieg verloren gab und Waffenstillstandsverhandlungen forderte und nur einen Monat später, als die Republik konstituiert war, die Bedingungen für seine eigene Forderung als unannehmbar bezeichnete und eine Wiederaufnahme des Kampfes forderte, wohl wissend, dass dies angesichts der Lage unmöglich war. Dies versetzte die rechten Kräfte in die Lage – unterstützt durch populäre Mythen wie der Dolchstoßlegende –, die Republik, die nun die Verantwortung für alle Schritte tragen musste, in den Augen der Menschen, wie es auch Schulze sieht, als Synonym für Feigheit und Verrat, d.h. im Allgemeinen für

etwas Schlechtes, darzustellen. Sicher untergrub diese Auffassung der neuen Staatsform von Beginn an das Vertrauen der Bürger in ihre Demokratie, was als wunder Punkt bestehen blieb und immer wieder der gewünschte Ansatz der Republikfeinde von rechts war, sie zu verschmähen. Dennoch war die Weimarer Republik sicher keine „Republik ohne Republikaner“, vielmehr war das Vertrauen und die Zufriedenheit der Menschen in sie aber nur wenig belastbar.

Aus diesem Grund gewichte ich Belastungsproben der Republik – die Hyperinflation 1923 und die Weltwirtschaftskrise 1929 – beim Scheitern von Weimar und Entstehung der NS-Diktatur auch stärker als Schulze dies tut. Er betrachtet allein ökonomische und soziale Auswirkungen wie die Verarmung des Mittelstandes. Es muss jedoch wiederum die Verbindung zur Akzeptanz der Republik hervorgehoben werden: Große Bevölkerungsteile gaben der Staatsform die Schuld an der schlechten Lage, die zusammen mit ihren planlos scheinenden Politikern versagt hatte. Das Programm Brüning's richtete schließlich den Sozialstaat – eine letzte wichtige Assoziation mit der Republik – zugrunde; mit ihm das letzte Vertrauen in die Republik, wie die folgenden Wahlen zeigten. In den USA hatte die Weltwirtschaftskrise ähnliche soziale Missstände hervorgerufen wie in Deutschland, trotzdem blieb das dortige politische System aufgrund der Tatkraft der Regierenden, symbolhaft steht der richtungsweisende New Deal F. D. Roosevelts, stabil. In der Tat scheinen damit, wie Schulze meint, langanhaltende Krisen den Staat in Deutschland mehr zu gefährden als in angelsächsischen Ländern (wobei hier aber auch die dort herrschende Moral des American Way of Life, der Krisen mehr als persönliches Versagen einschätzt, zu beachten ist).

Wie Schulze bin ich hingegen der Meinung, dass auch die republikanischen Parteien eine Mitschuld am Scheitern der Weimarer Republik tragen. Ihre Klientelpolitik und Grabenkämpfe ermöglichten keine stabilen Mehrheiten im Reichstag und machten konstruktive Politik, die die Menschen vom Sinn und Vorteil des Parlamentarismus überzeugt hätte, nahezu unmöglich. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Parteien, Koalitionen zu schließen und dazu ein Stück weit eigene Positionen aufzugeben, war in der Tat begrenzt systemwidrig, weil Kompromisse Voraussetzung für die Wirksamkeit der Republik ist. Der Vorwurf Schulzes, die demokratischen Parteien hätten jedoch bis zum Ende von Weimar republikanische Koalitionen bilden können/müssen, ist jedoch nur bedingt angebracht: Nicht jedes Zusammengehen war politisch sinnvoll, da das Programmspektrum mit sozialistischen bis liberalen Parteien auch innerhalb der Gruppe republikanischer Organisationen sehr groß war. Koalitionen mit dem einzigen Ziel der Rettung von Weimar hätten den demokratischen Pluralismus ausgehöhlt, da sich jede andere Forderung diesem einzigen Ziel hätte unterordnen müssen; sie hätten dem System also ebenso geschadet. Abgesehen davon wären derartige Gebilde so und so Operationen am toten Patienten gewesen, oder hätten die Republik nur noch künstlich am Leben erhalten, da sie mit der Ausgrenzung der (gewählten, d.h. von großen Teilen des Volkes unterstützte) Republikfeinde lediglich Symptome des Scheiterns, nicht aber die Ursachen desselben bekämpft hätten.

Die Problematik der Weimarer Verfassung schneidet Schulze nur punktuell an. Doch gerade die Kompetenzen des Reichspräsidenten und vor allem der Notverordnungs-Artikel 48 scheinen einen achtenswerten Einfluss beim Niedergang der Republik gehabt zu haben. Die Gründe dafür liegen jedoch weniger bei der Verfassung selbst, denn sie war eine der modernsten dieser Zeit und wohl durchdacht (weshalb sie auch Basis des Grundgesetzes wurde), sondern bei ihren Trägern. Bezeichnender Weise war gerade das Staatsoberhaupt Hindenburg, der alte kaiserliche General, ein Anti-Demokrat. Er mag mehrere Verfassungsbrüche, vor allem unter Papen, verhindert und sich gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gestäubt haben, sein Engagement lag jedoch vordergründig in seinem Pflichtgefühl gegenüber der Verfassung, die der gediente Militär wie einen Befehl ausführte, denn in seiner persönlichen Überzeugung. So besaß er letztlich nicht den Willen, die Republik um jeden Preis zu verteidigen. Das Schlagwort „Republik ohne Republikaner“ trifft damit bezeichnenderweise sogar mehr auf ihre Führungsschichten als auf ihr Volk zu.

In diesem Sinne ist auch Schulzes Gedankenspiel mit dem Mehrheitswahlrecht müßig: Ähnlich zu den Koalitionen ist eine Republik, die derartige Systemmanipulationen benötigt, um zu bestehen, letzten Endes aufgesetzt und daher nicht existenzfähig, zum anderen hätte das

Mehrheitssystem Weimar nicht unbedingt demokratischer gemacht: Denn neben republikfeindlichen Kräften hätte es auch aus demokratischer Sicht berechnete Interessenträger ausgesperrt. Somit war das direkte Verhältniswahlrecht sogar ein Mittel, über pluralistische Repräsentation vieler Interessen auch entsprechend viele Bürger von der Republik zu überzeugen. Dass es dennoch Nachteile bedeutete, liegt wiederum an ihren politischen Trägern; diese Probleme wurden bereits genannt.

Schulze kann hingegen bei seiner Haltung, die Bürokratie habe trotz ihrer alten Beamten aus der Kaiserzeit die Republik eher gestützt als gestürzt, aus den von ihm genannten Gründen zugestimmt werden. Die Rolle des Militärs bewerte ich jedoch grundsätzlich anders. Ihre Rolle als „Staat im Staat“, ein exklusiver Club und Sammelbecken konservativer Ideen, blieb ein Unruheherd im System. Das zeigte unter anderem der Kapp-Putsch gleich zweifach: Zum einen waren die Putschisten selbst Militärs (wenn auch nicht aktive Einheiten waren sie aber ideologisch der Reichswehr verbunden), zum anderen verweigerte sich die Reichswehr unter Seeckt den Befehlen der Regierenden, die Republik zu verteidigen. Demnach ist es auch falsch, dass es die Machthabenden selbst versäumten, die Reichswehr zu „unterwerfen“, denn das versuchten sie, scheiterten jedoch an ihr selbst. Dass sie sich dann bereitwillig Hitler unterwarf lag weniger an dessen Autorität als vielmehr an dessen Programm, das dem Heer sehr entgegenkam.

Letztlich bleibt damit festzuhalten, dass sich meine Erkenntnisse mit denen von Schulze nur teilweise überschneiden. Seinen staatsrechtlichen Ansätzen setze ich vielmehr Versagensbestände der Regierenden gegenüber. Zum Schluss steht die Erkenntnis, dass die Weimarer Republik an sich nicht allein die Errichtung der Hitlerstaates begründete, jedoch als das Gewächshaus der radikalen Samen innerhalb der Gesellschaft wurde. Unabhängig von den eigentlichen Gründen bot sie der NS-Ideologie besten Nährboden für ihren Aufstieg: Ihre unsicheren parlamentarischen Verhältnisse mit rasch wechselnden Regierungen machten politische Lösungen für wirtschaftliche und soziale Probleme wie der Weltwirtschaftskrise unmöglich, verschlechterte so die Lebensumstände der Menschen, die in massenhafter Verelendung ohne Hoffnung auf Verbesserung durch die Republik den neuen, radikalen und deshalb interessanten Konzepten der Nationalsozialisten verfielen.